

Memorandum zur Wirtschaftspolitik 1979

Zur Bekämpfung der anhaltenden Arbeitslosigkeit haben 240 Wissenschaftler von der Bundesregierung gezielte Steuererhöhungen zur Abschöpfung von Gewinnen der Unternehmen, die nicht für Investitionen eingesetzt werden, sowie kräftige Lohnerhöhungen zur Nachfragebelebung und neue staatliche Ausgabeprogramme in Höhe von 256 Milliarden Mark bis 1985 gefordert. In einem am 25. April in Bonn veröffentlichten Memorandum setzen sich die Wissenschaftler ferner für die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche in den nächsten fünf Jahren bei vollem Lohnausgleich ein.

Nach ihrer Einschätzung könnten dadurch etwas mehr als eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden, während sich bei unveränderter Wochenarbeitszeit die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis 1989 von derzeit etwa 900 000 auf rund drei Millionen erhöhen dürfte.

Mit Nachdruck warnen die Wissenschaftler davor, sich an die eine Million Arbeitslose als Dauerzustand zu gewöhnen. Von verschiedener Seite sei in den letzten Monaten der Versuch unternommen worden, das Problem der Arbeitslosigkeit etwa durch die Einteilung der Arbeitslosen in „echte“ und „unechte“ sowie in verschiedene Problemgruppen zu verharmlosen und zu verdrängen. Der Bundesregierung halten sie vor, sie habe in den letzten Jahren ihre Arbeitsmarktpolitik in erster Linie zu Lasten der Arbeitnehmer betrieben, die das Beschäftigungsrisiko voll tragen müßten.

Die Unterzeichner des Memorandums vertreten die Ansicht, daß sehr wohl ein wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf bestehe. Es sei eine neue wirtschaftliche Erscheinung, daß bei gleichzeitigem konjunkturellem Aufschwung eine entsprechende Steigerung der Beschäftigung nicht erfolgt sei. Das Ausbleiben des Beschäftigungsanstieges habe die bislang vorherrschenden Wirtschaftstheorien in Schwierigkeiten gebracht.

Eine Ursache für die fehlenden arbeitsplatzschaffenden Investitionen sehen die Wissenschaftler in den gewachsenen Gewinnen der Unternehmen, die sich als eine Investitionsbremse erwiesen hätten. Vor allem die großen Konzerne und Kartellunternehmen hätten ihre Rationalisierungsgewinne nicht für Preissenkungen weitergegeben und somit selbst eine höhere Nachfrage verhindert.

Der DGB hat sich von dem Memorandum distanziert, da dessen Therapievorschläge in grundsätzlichen Positionen von den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen abwichen.

Nach: Memorandum '79: Vorrang für Vollbeschäftigung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, April 1979. Auszüge in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 '79, S. 614 ff.

